



Das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Türkei

- Informationsdossier -

Mai/Juni 2018

Das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen und Kinder in der Türkei

In einer Zeit, in der die demokratischen Kreise massiv durch die Politik des Ausnahmezustandes und des Krieges angegriffen werden, sind die Völker der Türkei mit der überfallartig angesetzten Wahl am 24. Juni einer weiteren Prüfung unterzogen. Wir können sagen, dass die Frauen sich an der Front gegen die AKP-Herrschaft befinden, die versucht ein sexistisches, nationalistisches und reaktionäres System zu installieren. Eine AKP, die von Anbeginn ihrer Macht den Errungenschaften der Frauen offen den Krieg erklärt hat und bei jeder Gelegenheit mit ihren Diskursen und ihrer Politik die Diskriminierung vertieft, um den Status der Frau zurückzudrängen. Eine AKP, die inzwischen den Faschismus ausgerufen und Gefallen daran hat, in erster Linie gegen die Frauen und Menschenrechtsverteidiger Wahlen am 24. Juni auszurufen. Eine AKP, die den Kampf der Frauen mit jeder Gewalt gegen Frauen, jedem einzelnen Verbrechen an Frauen in einen Feminizid münden lassen möchte. Eine AKP, die als sie an die Regierung kam als erstes das Frauen-Ministerium in ein Ministerium für Familien- und Sozial-Politik umwandelte und den Frauen damit vermittelt: „dass die Frau kein Individuum außerhalb der Familie ist.“ Wir sind Zeuginnen davon geworden, wie gegen eine Vielzahl von Errungenschaften auf rechtlicher, Bildungs- gesundheitlicher und ökonomischer Ebene mittels Diskursen und Taten interveniert worden ist und so das alltägliche Leben von Frauen erschwert worden ist. Trotz einer Vielzahl von durch die Türkei unterzeichneter Abkommen, die Frauenrechte entwickeln und schützen sollen, ist die Ungleichheit und Diskriminierung in Bezug auf Frauen mit der Kriegspolitik noch vertieft worden. Heute sind bereits erlangte Frauenrechte in ernsthafter Weise bedroht. Die Kriegssituation und die Politik des Hasses, durch die Regierung verhängte Ausgangssperren, Ausnahmezustand und der Erlass von Zwangsverwaltungen, hat gerade auf das Leben von Frauen negative Auswirkungen. Frauenfeindlichkeit und reaktionäre Politik und Diskurse werden tagtäglich noch intensiviert. Inzwischen wird sich nicht nur darauf beschränkt häusliche Gewalt und Missbrauch in der Gesellschaft zu nähren und zu verbreiten, durch Gesetze und die Rhetorik des Staates ist dies auch zu einem Profil von offiziellen Einrichtungen geworden. Wenn wir die Zahlen der erlebten Gewalt durch Männer und den Staat in den vergangenen 3 Jahren untersuchen, sehen wir, dass die Zunahme von Gewalt gegen Frauen zur staatlichen Politik geworden ist.

Ausgangssperren und Verbrechen an Frauen

Nachdem die Phase der Verhandlungen (zwischen kurd. Vertreter*innen und türk. Regierung) von 2013-2015 durch die AKP beendet worden war, wurde (von staatlicher Seite) in Kurdistan abermals eine Kriegspolitik begonnen. Während des Kriegszustandes und der darauffolgenden Zeit der Ausgangssperren in Kurdistan (Nord-Kurdistan) – von August 2015 bis Juli 2016 – wurden 107 (namentlich bekannte) Frauen durch Strafverfolgungsbehörden hingerichtet. Ebenso wurden 107 Kinder im Alter

zwischen 0-17 Jahren hingerichtet. Die Situation der Frauen war am meisten von den systematischen Bestrebungen, Leben zu vernichten, beeinträchtigt. Einerseits, indem sie sich und ihre Kinder und alle die sie lieben gegen die Panzer und Geschütze, die das menschliche Leben ganz direkt zur Zielscheibe hatten, zu schützen versuchen mussten. Gleichzeitig mussten sie sich als Frau noch einmal besonders angesichts der Angriffe eines militaristischen, sexistischen, männlichen Systems, das Frauen direkt ins Visier genommen hat, wehren. Daneben führten sie zudem noch den Kampf, das alltägliche Leben am Laufen zu halten. Während der Ausgangssperren wurde die Gewährleistung von Schutz aller Landsleute, von Ernährung, Gesundheit und Bildung verhindert, wodurch eine bestimmte Anzahl von Menschen gestorben ist.¹ Während der Gefechtsphase wurden gerade an Frauen und Kindern gravierend Menschenrechtsverletzungen verübt. In dieser Phase wurden getötete Frauen von Strafverfolgungsbehörden (nackt) zur Schau gestellt, in den Straßen wurden frauenfeindliche Parolen an die Häuserwände geschmiert.² Ihre Leichen durften tagelang nicht von der Straße geholt werden, später wurden Familienangehörige daran gehindert, sich an Beerdigungen zu beteiligen. Während in den abgeriegelten Städten gegen Frauen rassistisch-sexistische und religionsspezifische Politik ausgeübt wurde, fand dies seine Entsprechung in der Türkei generell in der Zunahme von gesellschaftlicher sexistischer Gewalt gegen Frauen, in erster Linie Tötungen von Frauen. Zum Beispiel hat der Polizist einer Spezialeinheit (B.H.), der monatelang in der abgesperrten Stadt Yüksekova stationiert war und sich vor zerstörten, verbrannten Häusern fotografieren ließ, noch an dem Tag, als er nach Ankara kam und seine Freundin (C.B.) traf, mit dieser in einen Streit verfiel, sie kurzerhand mitten auf der Straße mit 4 Kugeln getötet.³ Nach dem Jahresbericht der Plattform „Wir werden die Tötungen von Frauen stoppen“ waren Frauen im Jahr 2015 neben der staatlichen Gewalt ebenso vielen Angriffen häuslicher Gewalt ausgesetzt, 303 Frauen wurden von ihnen nahestehenden Männern umgebracht.

Der Zusammenhang zwischen Frauen-Tötungen, Kindesmissbrauch und frauenfeindlicher Politik der AKP

Von der Politik der AKP während ihrer 15jährigen Amtszeit sind am meisten die Frauen beeinträchtigt. Wir können sehr deutlich sehen, dass als Ergebnis der Politik der AKP-Herrschaft, welche Frauen am liebsten ganz im Haus einsperren möchte, die Gewalt gegen Frauen zugenommen hat. Während dieser Jahre ist die Gewalt gegen Frauen um das 14fache gestiegen, sexueller Missbrauch um 499 %, Prostitution um 790 %, sexuelle Ausbeutung um 434 %. Es reicht aus, sich die Gerichtsfälle anzusehen, um einen Eindruck davon zu bekommen.

Während in dem Jahr, als die AKP an die Macht kam, 66 Frauen getötet wurden, stieg diese Zahl bis 2016 auf 261 und im Jahr 2017 auf 409 an, weshalb wir von Feminizid sprechen können. In 5 % der Fälle sind die wegen Frauen-Tötungen Verurteilten Polizisten, Soldaten oder Angehörige spezieller Sicherheitseinheiten. Gemäß

1 zur Verhinderung dessen gibt es Beschlüsse des Europ. Gerichtshof für Menschenrechte

2 Human Rights Association 25. November 2017

3 Frauen und Kinder-Bericht der HDP betr. die Zeit der Abriegelung

Pressemitteilungen und Statistiken wurden im Jahr 2017 409 Frauen umgebracht, 387 Kinder missbraucht und 332 Frauen sexuell misshandelt. Diese Ergebnisse werden der Öffentlichkeit leider seitens der Ministerien und zuständigen Einrichtungen nicht zugänglich gemacht. In dieser Hinsicht verheimlicht die AKP die Verantwortlichkeit für Tötungen und Ausbeutung gegenüber der Gesellschaft und internationalen Gremien. Allerdings ist die Türkei durch das Istanbul-Abkommen verpflichtet entsprechende Daten zu sammeln: „In der Umsetzung dieses Übereinkommens verpflichten sich die Beteiligten, periodisch Statistiken bezüglich jeder Art von Gewalt im Sinne des Übereinkommens zu erstellen.“⁴

Frauenhäuser sind eine der wichtigsten Errungenschaften, wenn es darum geht Frauen vor häuslicher Gewalt zu schützen. Allerdings ist weder die staatliche Politik an diesem Punkt ausreichend, noch verteidigen die Gerichte die Frauen in einem rechtlichen Verfahren. Nach Erklärungen des Ministeriums für Familie und Soziales haben die 132 Einrichtungen insgesamt eine Kapazität, 3402 Frauen unterzubringen. D. h. pro 23.000 Einwohner*innen gibt es einen Platz für die Unterbringung. Da die Türkei ein Land ist, in dem es viel Gewalt gegen Frauen gibt, bräuchte es einen Mindeststandard für die Anzahl von Unterbringungsmöglichkeiten. Hingegen ist in dem neuen kommunalen Verwaltungsgesetz die Einwohner_innen-Zahl von 50.000 auf 100.000 heraufgesetzt worden, ab der eine Unterbringungsmöglichkeit für Frauen, die von Gewalt bedroht sind, geschaffen werden muss. Und noch nicht einmal diese Verpflichtung halten die Stadtverwaltungen ein, so sind die Kapazitäten von Schutz sehr unzureichend.

Die Richter sind in Bezug auf Gewalt gegen Frauen nicht ausreichend informiert und sensibilisiert. Nachdem im Ergebnis jahrelanger Kämpfe von Frauen endlich diesbezügliche Gesetze geändert wurden, fehlt deren wirkungsvolle Anwendung. Nach einem Bericht der Bündnisplattform für Menschenrechte (ihop.org.tr) gab es in der Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 laut Medienberichten insgesamt 547 Prozesse wegen Gewalt gegen Frauen. 2 davon seien wegen Verjährung eingestellt worden. 24 % dieser Prozesse, also 132, betrafen Frauen-Tötungen. 38 % (209 Prozesse) Vergewaltigung, 26 % (141 Prozesse) sexuellen Missbrauch, 12 % (63 Prozesse) andere Gewalt. In der Zeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 wurden laut Medienberichten von 176 Angeklagten 44 % (also 78 Männer) zu lebenslanger Haftstrafe unter erschwerten Bedingungen verurteilt, 30 % (63 Männer) zu lebenslanger Haftstrafe, 16 % (29 Männer) zu Haftstrafen, 0,5 % (1 Mann) zu schwerer Haftstrafe. 9 % (15 Männer) sind nach Anklage freigelassen worden. Gemäß diesem Bericht sind in 28 % der Fälle die Strafen reduziert worden.⁵ Eine der größten Misereen in Bezug auf Prozesse in Fällen von Gewalt gegen Frauen ist, dass Frauen-Organisationen in Prozessen wegen Frauen-Tötungen nicht als Prozessbeteiligte zugelassen werden. Nach dem Bericht des „Büros für unentgeltliche rechtliche Hilfe für nach der Festnahme vergewaltigte oder sexuell missbrauchte Frauen“ für 2017 heißt es, es hätten sich

4 Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch bekannt als Istanbul-Konvention, ist ein 2011 ausgearbeiteter völkerrechtlicher Vertrag. Es schafft verbindliche Rechtsnormen gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt. Auf seiner Grundlage sollen sie verhütet und bekämpft werden. Es trat am 1. August 2014 in Kraft.

5 Feray Salman, IHOP 12. Juni 2017

in dem Jahr 30 Frauen an das Projekt gewandt. Darunter seien zwei Frauen, die nach der Festnahme vergewaltigt wurden und 28 von sexuellem Missbrauch betroffene Frauen. Gemäß dem Bericht seien unter den Tätern 21 Polizisten, 2 Angehörige der Gendarmerie, 5 Angehörige von Spezialeinheiten, 2 „Dorfschützer“, 5 Vollzugsbeamte, 3 IS-Angehörige. Von den von Vergewaltigung und sexuellem Missbrauch nach der Festnahme betroffenen Frauen seien 17 Kurdinnen, 10 Türkinnen, zwei Araberinnen und eine Assyrerin. Von diesen Frauen seien 20 aus politischen Gründen, 5 aus Gründen die auf den Krieg zurückgehen, 5 aus sozialen Gründen festgenommen worden. 21 dieser Akten seien geschlossen und ins Archiv übernommen worden, in 5 Fällen wurde aus Angst kein gerichtlicher Weg beschritten. Zwei von den Frauen, die Anzeige erstattet haben, sind anschließend schwerer Repression ausgesetzt gewesen. In der Türkei sind Frauen diskriminierenden und sexistischen Äußerungen durch Politiker und Verwaltungsangestellte ausgesetzt. Solche Äußerungen sorgen für die Zunahme von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen in der Gesellschaft. Der Präsident RTE sagt: „Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern sei falsch (sinngemäß: der Natur zuwider).“ Das ist der Grund warum insbesondere in der letzten Zeit die männliche Gewalt und sexuelle Missbrauch gegen Frauen im alltäglichen Leben, auf der Straße, in allen Bereichen der Öffentlichkeit zugenommen hat. Anstatt Gesetzesentwürfe und –vorschläge zur Verhinderung der Zunahme von Gewalt gegen Frauen und Kinder ins Parlament zu tragen, ist eine Situation geschaffen worden, die sich auf die Anwendung von männlicher Gewalt stützt.

Die AKP reagierte auf die Forderungen der Frauenorganisationen in einem Bericht der Scheidungs-Verhinderungs-Kommission aus dem Jahr 2016 folgendermaßen:

- Obligatorische Mediation in Fällen von Scheidung und Gewalt
- Straffreiheit bei (nachträglicher) Zustimmung und Verheiratung mit dem Misshandler in Fällen von Kindesmissbrauch
- Verkürzung der Dauer, in der sich ein gewalttätiger Mann der gemeinsamen Wohnung nicht nähern darf auf 15 Tage (während der Mann zum Opfer stilisiert wird)
- In Fällen von häuslicher Gewalt finden die Prozesse zum Schutz des sog. „Familienzusammenhalts“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit und von Frauenorganisationen statt. Damit werden betroffene Frauen isoliert
- Die Kürzung der Höhe des Unterhalts durch Bindung an die Dauer der Ehezeit
- Einsatz von Angehörigen der Theologie-Fakultät bei der Familienbe-

In der Türkei ist Missbrauch an Kindern ein ernstes Problem. Laut Bericht des Vereins zur Verhinderung von Missbrauch und Therapie aus dem Jahr 2016 ist die Zahl der Prozesse wegen Kindesmissbrauch in den vergangenen Jahren um 700 % gestiegen. Eine weitere Dimension von Kindesmissbrauch ist die Verheiratung von Kindern. Nach dem Bericht der Gewerkschaft für Erziehung haben in dem Zeitraum von 2002 bis heute 440.000 Mädchen unter 18 Jahren Kinder geboren. Die Zahl der gebärenden Mädchen unter 15 Jahren wird dort mit 15.937 angegeben. Insbesondere die hohe Zahl von Neugründungen von Schulen und Internaten religiöser Sekten und an Koran-Kurse gebundene Internate, an denen keinerlei Vorkehrungen zur Verhütung von Missbrauch getroffen wurden, sind für die Zunahme von Kindesmissbrauch verantwortlich. Trotzdem zig Kinder in Internaten der ENSAR-Stiftung missbraucht wurden, hat sowohl das Ministerium für Erziehung als auch das Ministerium für Familien- und Sozialpolitik weiter viele Vereinbarungen gemeinsam mit dieser Stiftung unterzeichnet. Es gibt ernste öffentliche Proteste gegen die Regierung weil sie sich trotz der Missbrauchsfälle schützend vor die religiösen Stiftungen und Gemeinden stellt. Anstatt dass das Ministerium für Familien- und Sozialpolitik für die Freiheit und Gleichberechtigung von Frauen kämpft, hält das Ministerium an der Unterzeichnung von Vereinbarungen mit diesen Einrichtungen fest und stärkt reaktionäre Familienstrukturen. Trotzdem in der Türkei Tausende Frauen getötet und Kinder missbraucht werden, übernimmt das Ministerium keinerlei Verantwortung dafür.

Frauenkampf gegen die systematische Männerstaatsgewalt

Unter dem Ausnahmezustand sind 11 Frauen-Vereine und 1 Kinderrechtsverein geschlossen worden.

In Kurdistan wurden Frauenverbände, die sich für die Freiheit und Gleichstellung von Frauen einsetzen, insbesondere die KJA (Kongress der Freien Frauen), per Notstandsdekret (KHK) geschlossen. In 94 DBP-Gemeinden (dort haben Kandidat*innen der „Partei der Demokratischen Gebiete“ die letzten Kommunal-Wahlen gewonnen), die unter Zwangsverwaltung durch aus Ankara eingesetzte Gouverneure stehen, sind 43 Frauenzentren geschlossen worden und 3 an die Gemeinde angeschlossene Frauenhäuser dürfen nicht mehr betrieben werden. Die Frauenverbände haben ihre Stimmen gegen die auf die Frauenernungenschaften abzielenden Notstandsdekrete und Zwangsverwaltungen erhoben. In der Türkei haben mehr als 50 Frauenorganisationen eine schriftliche Erklärung gegen die Aussetzung der Aktivitäten von Frauenvereinigungen veröffentlicht. In der Erklärung heißt es: „Was geschlossen wird sind unsere Räume, doch wir sind überall“. Gegen die Festnahme der weiblichen Co-Vorsitzenden und Abgeordneten der HDP trafen sich Frauen im Kampf für Demokratie und Freiheit mit dem Slogan „Der Kampf von Frauen lässt sich nicht verbieten“. In mehreren Provinzen wurden die Aktivitäten anlässlich des 25. Novembers, des Internationalen Tages gegen Gewalt an Frauen und des Internationalen Frauenkampf- und Solidaritätstages, dem 8. März verboten oder auf unterschiedliche Art blockiert. Trotz all dieser Repressionspolitik haben sich die Frauen dieser Politik nicht angepasst sondern vielmehr durch ihre Teilnahme an den Aktionen zum 25.11 als auch zum 08.03. der AKP

eine stattliche Antwort gegeben. Gegen den Ausnahmezustand und die Kriegspolitik haben sich Frauen organisiert und während dieser Zeit eine Menge Unterschriftenkampagnen und Aktionen realisiert. Erneut wurde versucht Frauenorganisationen daran zu hindern, Frauen und Kinder betreffende Gesetzesentwürfe mitzugestalten, um die hier durch Frauen erzielten Errungenschaften zurückzudrängen. Frauen haben versucht, die Verabschiedung von Gesetzen zu verhindern, die Missbrauch verstärken würden.

Frauen werden sich nicht an den Ausnahmezustand gewöhnen! Den Unterschriftentext haben 100 Frauenorganisationen unterschrieben:

Mit Ausnahmezustand und Fatwas wird versucht, Diskriminierung und Vergewaltigung von Frauen, Missbrauch und Quälerei (tazir wird offiziell immer mit Belästigung übersetzt, heißt aber genauso Quälerei) von Kindern zu legitimieren. ... die Schließung von Presseorganen, die unsere Erklärungen und Probleme sichtbar machen, bedeutet unsere Stimme zu unterdrücken und führt zur Zunahme von Frauenmorden. Mithilfe des Ausnahmezustandes werden gewählte Frauen aus dem Parlament und aus der Politik ausgeschlossen. Mit Ausnahmezustand und Fatwas werden unsere Rechte, demokratische und politische Errungenschaften geraubt. Ausnahmezustand und Fatwas bedeuten, unser Leben heute wie in Zukunft den Notstandsdekreten zu unterwerfen.

Auf diesem Boden, wo es sehr häufig vorkommt, dass Frauen von Männern getötet werden, werden Männer unter dem Vorwand guter Führung und ungerechtfertigter Anstiftung ‚straflos‘ gelassen, Sicherheitskräfte und Justizangestellte sind vor Verfolgung geschützt. Im Rahmen der Notstandsdekrete werden sich selbst bewaffnende wie durch den Staat bewaffnete Männer unter dem Vorwand, sie seien „Putsch-Gegner“, nach Verbrechen nicht einmal vor Gericht gestellt. Damit sind ‚einige‘ Zivilisten bei Anwendung von Gewalt, Folter und Tötung gesetzlich von juristischer Verfolgung befreit.

Erneut haben Frauen Aktionen und Kampagnen gegen die Verabschiedung von Änderungen im Bevölkerungsschutzgesetz, besser bekannt als das Mufti-Gesetz (weil darin die Ermächtigung von Muftis zur Verheiratung von Personen festgelegt wird), organisiert. Die Frauen, welche die hartnäckigste soziale Bewegung gegen die misogynen Politik der AKP-Regierung geworden sind, sagen Folgendes: „Ein Opferschutzgesetz, welches die Tatsache ignoriert, dass Gewalt eine Folge der Ungleichheit von Mann und Frau ist, kann Frauen nicht stärken sondern wird der Gewalt die Tür öffnen“. In naher Zukunft wird die AKP, um aufkommende Stimmen in der Gesellschaft gegen den zunehmenden Missbrauch zu unterdrücken, das vom Gesundheitsministerium

vorbereitete Gesetz zu sexuellem Missbrauch in das türkische Parlament einbringen ... Gegen diesen Gesetzesentwurf haben sich 163 Frauen und LGBT Organisationen zusammengefunden. Sie sagen dabei, dass dieser Entwurf keine Lösung gegen Missbrauch darstellt und haben der AKP und dem zuständigen Ministerium ihre Forderungen bezüglich dem, was gemacht werden müsste, übermittelt und klargestellt, dass sie sich entschieden gegen den vorgeschlagenen Entwurf stellen.

Wir erheben Einspruch gegen einen Gesetzesentwurf, der Männergewalt unsichtbar macht!

Die Heraufsetzung des Strafmaßes bei Kindesmissbrauch verhindert diese Verbrechen nicht! Der Kampf gegen sexualisierten Missbrauch wird erst möglich mit einer Politik und Gesetzen, die das Kind ins Zentrum rücken. Am 9. April 2018 wurde ein sehr oberflächlicher Gesetzentwurf zu Änderungen in Bezug auf die Bestrafung von Kindesmissbrauch im türkischen Parlament eingebracht. Der Gesetzesentwurf rückt weder Kinderrechte ins Zentrum, noch hört er die Meinung von Betroffenen an. Er dient lediglich zur Beschwichtigung der Reaktionen auf die Zunahme von Missbrauchsfällen. Der Entwurf, dessen hauptsächlichster Inhalt die Heraufsetzung des Strafmaßes gegen Täter ist, stellt weder Untersuchungen über die gesellschaftlichen und psychologischen Ursachen von Kindesmissbrauch an, noch benennt er die Probleme, die sich bei den Gerichtsverfahren ergeben. Damit trägt er nicht zur Lösung von existierenden Problemen bei, sondern schafft gleichzeitig neue. Aus diesem Grund erheben wir als Frauen- und LGBTIplus -Organisationen Einspruch gegen diesen Gesetzentwurf!

aber dann auch Frauen aus allen anderen Teilen der Gesellschaft, immer stärker vorgegeben, wie gelebt werden soll und damit das tägliche Leben grundsätzlich beeinflusst. Aus diesem Grund muss erkannt werden, dass der Kampf von Frauen ein Kampf ist, der Einfluss auf die Wahlen am 24. Juni haben wird. Gegen die im Schatten des Ausnahmezustands, von Notstandsdekreten und Zwangsverwaltungen stattfindenden Wahlen und gegen die erpresserische Kultur der AKP-Regierung, welche die Errungenschaften von Frauen zerstören und zurückdrängen will, müssen wir eine Opposition bilden. Diese Opposition hat die historische Mission, sich durch eine effektive Arbeit und Kampf aller nationalen und internationalen demokratischen Institutionen für die Errungenschaften von Frauen und allen Völkern einzusetzen.

Ergebnisse

Frauen sind die Hauptakteurinnen im Kampf und Widerstand gegen den Versuch der faschistischen AKP sowohl durch ideologische als auch repressive Methoden die Gesellschaft zu transformieren. Aus diesem Grund verwendet Erdogan, wenn er sich an Frauen wendet, eine spalterische und Feindschaft befördernde Rhetorik. Kurdische Frauen werden zu jeder Zeit von der AKP terrorisiert, durch die Rhetorik und Politik werden Frauen in der Türkei in eine psychologische und mentale Gefangenschaft gebracht. Unsere Geschichte ist voll von Beispielen für Niederlagen von Frauen, die sich im Trugschluss, an der schützenden Seite der Macht zu stehen, nicht einmischen und keinen Widerstand leisteten. In Zeiten, in denen das Gebären vieler Kinder als ein Zeichen der Verbundenheit mit dem Staat angesehen wird, raubt die AKP den Frauen das Recht auf Bildung, Arbeit und Gesundheit und enthält ihnen noch viele weitere das öffentliche Leben betreffende Rechte vor. Während nun diejenigen, die Widerstand gegen die AKP leisten oder sie kritisieren, als Terroristinnen in Gefängnisse weggesperrt werden, wird gleichzeitig zu allererst konservativen und AKP-Frauen,

Herausgegeben von:



Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.

Postfach 101805

40009 Düsseldorf

cenî_frauen@gmx.de

+49 211 59892512